



Dr. Kurt Weigelt

Das Ende der Verhandlungsdemokratie

*«Wenn man meint, alles unter Kontrolle zu haben, ist man einfach nicht schnell genug.»
Mario Andretti, Autorennfahrer*



IHK
Industrie- und
Handelskammer

St. Gallen
Appenzell

Zusammenfassung

Die Grundzüge der politischen Willensbildung in der Schweiz gehen auf die Einführung des Referendums und des Initiativrechts in den Verfassungsrevisionen von 1874 und 1891 zurück. Parteien und Verbände sind Kinder der Volksrechte. Bis heute inszeniert sich das Parteiensystem der Schweiz entlang der Koordinaten «links-rechts» und «liberal-konservativ» und damit in den Konfliktfronten des 19. Jahrhunderts. Aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen wie Globalisierung, Klimawandel oder Fragen der Demografie lassen sich jedoch nicht auf diese Koordinaten reduzieren, sondern verlaufen quer durch alle politischen Parteien. Horizontale Disparitäten treten an die Stelle der vertikalen Differenzierung nach sozialen Klassen. Das Parteiensystem der Schweiz ist damit immer weniger in der Lage, kollektive Identitäten zu begründen und verliert zunehmend seine demokratische Legitimation. Vergleichbares gilt für die Verbandslandschaft. Seit den wirtschaftlichen Krisenjahren nach dem ersten Weltkrieg und der Gefährdung der Unabhängigkeit der Schweiz durch faschistische und kommunistische Gewaltherrschaften prägen korporative Elemente die Schnittstellen von Politik und Wirtschaft. Ziel dieses korporativen Ansatzes war es, Staat und Gesellschaft in Zeiten wirtschaftlicher und politischer Bedrohungen zu einer grösseren harmonischen Einheit im Dienste des Volkes zu verbinden und der Gefahr von aussen geschlossen entgegenzutreten. Das Konzept der eidgenössischen Verhandlungsdemokratie war ein Erfolgsmodell und begleitete uns mit Auszeichnung durch die bipolare Welt des 20. Jahrhunderts. Verhandlungen führen allerdings nur dann zum Erfolg, wenn sämtliche Parteien am Verhandlungstisch sitzen. Dieser Anspruch ist in einer weltweit vernetzten Gesellschaft nicht zu erfüllen. Globalisierung und Virtualisierung sind dezentrale Prozesse, die niemand im traditionellen Sinne beherrscht. Für Parteien und Verbände haben sich damit die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse verändert. Heute geht es darum, die während Jahrzehnten erfolgreichen Entscheidungsmuster als Teil der Geschichte zu akzeptieren und unsere politischen Systeme in eine Richtung zu entwickeln, die dem Wesen einer offenen Welt entspricht. Zu diesen Herausforderungen gehört der richtige Umgang mit der Komplexität einer international vernetzten Gesellschaft. Dabei stehen sich unverändert zwei altbekannte Optionen gegenüber. Auf der einen

Seite finden wir die Planwirtschaft. Diese ist den politisch definierten öffentlichen Interessen verpflichtet, vertraut auf die Plan- und Kontrollierbarkeit des gesellschaftlichen Wandels und verfolgt ihre Ziele wenn nötig mit staatlichen Zwangsmassnahmen. Eine freiheitliche Gesellschaft dagegen setzt auf den Wettbewerb als spontane Ordnung und ermöglicht Koordination ohne Zwang. Komplexität ist nicht das Problem der globalisierten Gesellschaft, sondern ihr Wesen und ist weder zu beherrschen noch durch Vereinfachung in den Griff zu bekommen. Im Gegenteil, wir müssen alles daran setzen, die Komplexität unserer Gesellschaft im Sinne von Vielfalt, Individualität und Kreativität zu stärken. Wie bereits Friedrich August von Hayek formulierte, ist es «paradox und beruht auf einem völligen Verkennen dieser Zusammenhänge, wenn heute oft gesagt wird, dass wir die moderne Gesellschaft bewusst planen, weil sie so komplex geworden ist. In Wirklichkeit können wir eine Ordnung von solcher Komplexität nur dann erhalten, wenn wir sie nicht nach der Methode des «Planes», d.h. nicht durch Befehl handhaben, sondern auf die Bildung einer allgemeinen Regeln beruhenden spontanen Ordnung abzielen»².

Selbstverständlich wird es auch in Zukunft eine intensive Auseinandersetzung um die Verfolgung bestimmter Ziele im staatlichen Bereich und die Beeinflussung des öffentlichen Lebens im Sinne unterschiedlicher Wertvorstellungen geben. Diese neue Politik wird sich jedoch in entscheidenden Punkten der Wirklichkeit anpassen. Sie verabschiedet sich von den Vorstellungen einer durch staatliche Planung und Interventionen zu garantierenden, lebenslangen Vollversorgung und setzt auf den Wettbewerb als das Gestaltungsprinzip einer freien Gesellschaft. In erster Linie aber findet eine zukunftsorientierte Politik den Mut, die Kernaufgaben des Staates neu zu definieren. Die Gestaltung der künftigen Aufgabenverteilung zwischen Staat und Gesellschaft ist die alles entscheidende politische Herausforderung. Gefragt ist dabei ein Pragmatismus, der das Ende der Politik im Sinne der eidgenössischen Verhandlungsdemokratie akzeptiert, die eigenen Strukturen in Frage stellt und sich entsprechend den Entscheidungsmustern einer globalisierten und virtualisierten Welt erneuert.

² von Hayek, Freiburger Studien

Inhaltsverzeichnis

1. Alle wollen alles	6
2. Parteien und politischer Wettbewerb	7
3. Parteien und direkte Demokratie	9
4. Parteien und die neue Politik	10
5. Wirtschaftsverbände und Verhandlungsdemokratie	12
6. Die Zukunft beginnt jetzt	14
7. Komplexität als Herausforderung	16
8. Komplexitätsreduktion als bürokratisches Konzept	19
9. Der Wettbewerb als Gestaltungsprinzip	21
10. Wettbewerb und Demokratie	23
11. Mehr Wettbewerb als Chance	26
12. Wie viel Staat braucht die Gesellschaft?	32

01 | Alle wollen alles

Politik im Jahre 2007. Die sozialdemokratische Bundespräsidentin hält die 1.-August-Rede auf dem Rütli. Dies trotz eines im Vorfeld heftig diskutierten Sicherheitsrisikos. Die von der öffentlichen Hand nicht übernommenen Kosten werden von prominenten Persönlichkeiten aus der Wirtschaft privat beglichen. Die wichtigste Exponentin einer politischen Partei, die sich in besonderem Masse der internationalen Solidarität verpflichtet fühlt, besetzt mit der finanziellen Unterstützung von Wirtschaftskreisen patriotische Symbole. Im Gegensatz dazu distanziert sich das politische Umfeld, das in Programm und Marketing die nationale Identität beschwört, von einer nationalen 1.-August-Feier und beschreibt das Rütli als «Wiese mit Kuhfladen». Szenenwechsel. In kantonalen und nationalen Parlamenten steht die Frage von Rauchverboten in öffentlich zugänglichen Räumen ganz oben auf der Traktandenliste. Künftig sollen nicht mehr der einzelne Bürger, die Eigentümer eines Restaurants oder die Verantwortlichen einer Unternehmung, sondern der Gesetzgeber darüber entscheiden, wo geraucht werden darf. Im Zentrum der Diskussionen auf nationaler Ebene steht ein Vorstoss eines führenden liberalen Politikers, der staatliche Rauchverbote am Arbeitsplatz mit Strafandrohungen an die Arbeitgeber durchsetzen will. Szenenwechsel. Die nach eigenem Empfinden einzige konsequent bürgerliche Partei verteidigt das bäuerliche Bodenrecht und entzieht damit rund die Hälfte der nutzbaren Fläche der Schweiz dem freien Markt. Gleichzeitig engagieren sich prominente Politikerinnen und Politiker der dem Wachstum verpflichteten Mitteparteien für eine Landschaftsinitiative, die für die nächsten zwanzig Jahre die verfügbare Baufläche in der Schweiz rationieren will. Szenenwechsel. Der Bundesrat veröffentlicht eine Botschaft zur Aufhebung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland. Sofort regt sich Widerstand. Linke wie rechte Parteien beschwören die Gefahr des Ausverkaufs der Heimat. Szenenwechsel. Wahlen 2007. Die politischen Parteien verabschieden sich von inhaltlichen Diskussionen. Im Vordergrund stehen angebliche Geheimpläne von Bundesräten, parlamentarischen Untersuchungskommissionen und der Bundesanwaltschaft. Einzelne Bundesräte sekundieren ihre Parteien mit mehr oder weniger originellen Ankündigungen ohne realpolitische Relevanz. Alle Parteien versprechen allen alles.

02 | Parteien und politischer Wettbewerb

Jedes erfolgreiche System versteht es, sich im Wettbewerb durch Alleinstellungsmerkmale zu profilieren. Eine erfolgreiche Positionierung setzt klar erkennbare Positionen und einzigartige Qualitäten voraus. Diese Erkennbarkeit fehlt heute bei den meisten Parteien. Seine Ursachen findet dieser Auflösungsprozess unter anderem in den Besonderheiten der direkten Demokratie sowie im Bedeutungsverlust traditioneller Konfliktfronten. Weiter geht es um die Mechanismen eines politischen Wettbewerbs, der sich zunehmend an der Logik der Massenmedien orientiert.² Die Qualitäten politischer Aktionen messen sich immer weniger an ihrem politischen Gehalt, sondern am medialen Aufmerksamkeitspotential. Als Anbieter von Inhalten sind die Parteien Teil des Informationsmarktes. Dabei steht der Marktwert ihrer Informationsangebote in einer direkten Beziehung zur Zahl der Nachfragenden. In einem funktionierenden Markt steht eine Vielzahl von Anbietern einer Vielzahl von Nachfragenden gegenüber. Dies gilt für den inzwischen hart umkämpften Markt der Sonntagspresse. Die Jagd nach dem Primeur und der besten Schlagzeile macht es für die politischen Parteien einfacher, ihre News an den Wochenenden in die Medien zu bringen. Schwieriger sieht es bei der regionalen Presse aus. In einzelnen Regionen kontrolliert ein einziges Verlagshaus die Medienlandschaft und bestimmt, welche Meldungen mit welcher Gewichtung veröffentlicht werden. Diese Abhängigkeit führt bei vielen politischen Akteuren zu einem Gefühl der Ohnmacht und ist Teil der abnehmenden Attraktivität des politischen Lebens auf lokaler Ebene. Noch ausgeprägter präsentiert sich diese Abhängigkeit auf eidgenössischer Ebene. Bei der politischen Willensbildung zu nationalen Themen kommt dem Fernsehen eine Schlüsselrolle zu. Breite Teile der Bevölkerung informieren sich ausschliesslich über die elektronischen Medien. In der Schweiz stehen dabei auf nationaler Ebene nur die Kanäle der mit Gebühren finanzierten staatlichen Monopolanstalten zur Auswahl. Ihre Redaktionen entscheiden abschliessend, welche Politiker mit welchen Inhalten in ihren Programmen berücksichtigt werden. Auch wenn man sich dabei um eine ausgewogene Berichterstattung im Sinne der *idée suisse* bemüht, ändert dies nichts an der Tatsache, dass die einzelnen Parteien den

² Werner, Die Gesetze des Spektakels

Entscheidungen der verantwortlichen Redakteure ausgeliefert sind. Politische Botschaften und Anlässe, die aus Sicht des Schweizer Fernsehens nicht von Interesse sind, gehen in der elektronischen Medienlandschaft und damit in der politischen Diskussion unter. Der fehlende Wettbewerb in der elektronischen Medienlandschaft der Schweiz ist eine der Ursachen für die wachsende Bedeutungslosigkeit der Parteien in der politischen Willensbildung. Zudem muss davon ausgegangen werden, dass das Nachfragemonopol der Anstalten der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG die Tendenz zur Radikalisierung der politischen Kommunikation in der Schweiz verstärkt. Wer inhaltlich nicht auf der Linie der Redaktionen liegt, kann nur über das Instrument der Provokation mediale Aufmerksamkeit erzwingen. So sichert sich die SVP mit ihren exponierten Positionen und insbesondere ihren auf einfache, provozierende Bilder verdichteten Aussagen eine maximale Medienpräsenz.

Neu ist, dass die Gesetze des politischen Marketings nicht nur zu Wahlkampfzeiten gelten, sondern auch das politische Alltagsgeschäft durchdringen. Permanente Medienpräsenz heisst das Zauberwort, Medienkompetenz die Schlüsselqualifikation. Die politischen Parteien orientieren sich in ihren Strukturen und Massnahmen an den Bedürfnissen der medialen Massengesellschaft. Im Wettstreit untereinander, aber auch in wachsender Konkurrenz zu anderen Organisationen und Interessengruppen, kämpfen die Parteien um kurzfristige Aufmerksamkeit. Diese Konkurrenz zwingt sie, immer lauter und bunter zu werden. Da Massenmedien vor allem über Ereignisse und weniger über Inhalte berichten, werden Ereignisse künstlich inszeniert und Positionen personalisiert. «People» und «Stories» treten an die Stelle der inhaltlichen Auseinandersetzung, die Verpackung wird wichtiger als der Inhalt. Man orientiert sich an den Instrumentarien professioneller Interessenorganisationen wie Greenpeace und versucht, sich mit publizitätsträchtigen Einzelthemen, spektakulären Bildern und Unterschriftenkampagnen zu inszenieren. Nur, anders als die Ein-Themen-Organisationen, verlieren die politischen Parteien mit dieser Strategie ihre Integrationskraft und die Fähigkeit, auf längere Sicht zwischen Staat und Gesellschaft zu vermitteln.

03 | Parteien und direkte Demokratie

Die direktdemokratischen Mitwirkungsrechte bilden eine institutionelle Besonderheit der Schweiz.³ Das Initiativrecht durchbricht das Anbieter-Monopol der Parteien und ermöglicht, dass auch nicht parteimässig organisierte gesellschaftliche Gruppierungen ihre Anliegen in den politischen Prozess einbringen können. Politische Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung werden in der direkten Demokratie weniger bei Wahlen als bei Abstimmungen gefällt. Während die Wahlen als Aktionsfeld auf Parteien und parteiähnliche Gruppierungen zugeschnitten sind, stehen die direktdemokratischen Mitwirkungsrechte gleichermaßen den Parteien, den Wirtschaftsverbänden, organisierten Interessen, ad-hoc-Komitees und wirtschaftlichen Unternehmen offen. In der direkten Demokratie ist eine kontinuierliche Gesetzgebung gegen eine referendumsfähige Opposition auf die Dauer nicht möglich. Der plebiszitäre Zwang führt zur Beteiligung der referendumsfähigen Gruppen am politischen Entscheidungsprozess und gesteht den Interessenorganisationen eine grundsätzliche positive Funktion in der staatlichen Entscheidungsfindung zu. Die Schweizerische Bundesverfassung postuliert keinen Parteienstaat, sondern eine auf die Mitwirkungsrechte der einzelnen Bürgerinnen und Bürger und die Vielfalt ihrer gesellschaftlichen Gruppierungen ausgerichtete direkte Demokratie. Im Zusammenhang mit der Bearbeitung der parlamentarischen Initiative «Faire Abstimmungskampagnen» von SP-Nationalrat Gross äusserte die Mehrheit der zuständigen Staatspolitischen Kommission des Nationalrates die Überzeugung, dass die Abstimmungskämpfe zunehmend von finanzkräftigen Gruppierungen beherrscht werden, die Partikulärinteressen verfolgen, während die Parteien als Hauptträger der Meinungs- und Willensbildung des Volkes immer mehr in eine untergeordnete Rolle verdrängt werden. Diese subjektive Einschätzung ist in mehrfacher Hinsicht fragwürdig. Einerseits ist es in einer Demokratie nicht verboten, sich für Partikulärinteressen einzusetzen. Dies gilt auch für die politischen Parteien, die es durchaus verstehen, mit Wahlgeschenken ihre eigene Klientel bei Laune zu halten. Andererseits ist das mit Vorurteilen behaftete Bild «finanzkräftiger Gruppierungen» falsch. In der Vergangenheit haben zahlreiche Organisationen bewiesen, dass

³ Weigelt, Staatliche Parteienfinanzierung

auch scheinbar nicht marktgerechte gesellschaftliche Gemeinwohlinteressen in hohem Masse Spenden generieren. So waren es nicht die traditionell als finanzstark geltenden Wirtschaftsorganisationen, sondern die Umweltverbände, die im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen im Jahre 2007 mit ganzseitigen Inseraten die Sonntagspresse besetzten. Im Übrigen fehlt im Bericht der Staatspolitischen Kommission jede Beweisführung für die These, dass finanzkräftige Gruppierungen den Ausgang von Abstimmungen entscheidend beeinflussen. Das Bild vom manipulierbaren Stimmbürger ist falsch. Dies zeigt unter anderem eine Untersuchung der Universität Zürich zur Asylgesetz-Abstimmung im Jahre 2006, die sich mit der politischen Berichterstattung in sechzehn deutschweizer und welschen Zeitungen sowie in den Nachrichtensendungen des Schweizer Fernsehens befasste. Obwohl rund 62% der in den untersuchten Beiträgen genannten Akteure eine ablehnende Haltung vertraten, vermochte die breite mediale Kritik an der Vorlage die Stimmbürger nicht umzustimmen. Die Revision des Asylgesetzes wurde mit 67,8 Prozent der Stimmen angenommen.⁴ Es trifft zu, dass die Art und Weise einer Kampagne bei sehr knappen Mehrheitsverhältnissen und inhaltlich schwer vermittelbaren Vorlagen von Bedeutung ist. Allerdings geht es dabei nicht in erster Linie um die zur Verfügung stehenden Gelder, als vielmehr um die gewählte Strategie, die Vernetzung mit starken gesellschaftlichen Gruppierungen, die Fähigkeit zur Mobilisierung und nicht zuletzt um die Nähe zu den Redaktionen der meinungsbildenden Medien. Bezeichnenderweise ist es denn immer auch die unterlegene Seite, die den Siegern eines Abstimmungskampfes fehlende Fairness und grenzenlose finanzielle Mittel vorwirft.

04 | Parteien und die neue Politik

Die politischen Parteien der Schweiz entstanden als Kinder der Volksrechte.⁵ In der Regel schlossen sich Kampfgruppen der in der Legislative untervertretenen politischen Opposition zu Parteien zusammen und versuchten, mit Referenden und Initiativen die Verfassung in ihrem Sinne zu beeinflussen.

⁴ Nickl, Chronik eines angekündigten Sieges

⁵ Weigelt, Staatliche Parteienfinanzierung

Eigentliche Wellen von Parteigründungen lösten der Kampf um den Sonderbund und das Ringen um den Bundesstaat aus. Entsprechend diesen Problemlagen bilden denn auch der Föderalismus- und der Konfessionskonflikt bis heute traditionelle Unterscheidungsmerkmale einzelner kantonaler Parteiensysteme. Eine dritte, klassenkämpferische Frontstellung entwickelte sich in den industrialisierten Regionen mit den ersten sozialdemokratischen Parteien. Wie die den Unterlagen zu den Nationalratswahlen im Herbst 2007 beigelegte Broschüre «Auf eine farbige Schweiz» der Bundeskanzlei dokumentiert, bewegt sich die öffentliche Wahrnehmung der Schweizer Parteien unverändert in den Koordinaten «links-rechts» und «liberal-konservativ». Dieses traditionelle Koordinatensystem eignet sich als Orientierungshilfe für die Lösung von Verteilungsfragen. Bei Fragen wie der Finanzierung der Sozialwerke, der Steuerpolitik oder der Verteilung von Subventionen und Direktzahlungen lassen sich Sieger und Verlierer ausmachen, die sich mit traditionell gegenseitig in Opposition stehenden Gruppierungen decken. Dies gilt nicht für die gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die Stellung der Schweiz in Europa, Fragen der Familienpolitik, der Einwanderung oder des Umweltschutzes lassen sich nicht auf die traditionellen sozialen Gruppierungen reduzieren, sondern verlaufen quer durch die alten Konfliktfronten der Verbände und Parteien. Horizontale Disparitäten treten an die Stelle der vertikalen Differenzierung und verändern die Parteienlandschaft. Sie begünstigen den Aufstieg von neuen Parteien, die sich wie die Grünen als Umweltpartei oder die SVP als Gegnerin des EWR-Beitritts auf einzelne der neuen Themen fokussieren. Gleichzeitig zwingen sie die Altparteien, sich am unpolitischen Wechselwähler zu orientieren. Das Parteiensystem verliert damit an Überzeugungskraft. Die SVP kämpft für weniger Staatsausgaben und befürwortet gleichzeitig grosszügige Subventionen an die Landwirtschaft. Die FDP setzt sich für eine freie Marktwirtschaft ein, lehnt aber Parallelimporte von patentierten Gütern ab. Die CVP beklagt die überbordende Anspruchshaltung gegenüber dem Staat und fordert im Gegenzug mehr staatliche Kinderbetreuung. Die SP kämpft als Stimme des demokratischen Sozialismus für die Gleichheit aller Arbeiter und versucht über flankierende Massnahmen ausländische Arbeiter vom Schweizer Arbeitsmarkt fern zu halten. Die Grünen sind für einen Beitritt zur EU aber gegen die europäische Verkehrspolitik. Kurzfristig angelegte politische Aussagen und Wahlversprechen als Mittel des Stimmenwettbewerbs

verdrängen die langfristig angelegte Politik und damit den Einfluss der Parteien auf die Gestaltung der Zukunft. Das traditionelle Parteiensystem ist damit immer weniger in der Lage, kollektive Identitäten zu begründen und für das Gemeinwesen integrierend zu wirken. Die politischen Parteien verlieren ihre zentrale demokratische Legitimation.

05 | Wirtschaftsverbände und Verhandlungsdemokratie

Wie bereits dargestellt, verfügen in der direkten Demokratie organisierte Interessen über eine starke Stellung. Die Möglichkeiten nicht parteimässig organisierter Gruppierungen, über eine Initiative oder ein Referendum die politische Willensbildung direkt beeinflussen zu können, erzwingt die frühzeitige Integration dieser Kräfte in den politischen Willensbildungsprozess. Entscheidende Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung werden durch die Interessenverbände und die Verwaltung auf dem Verhandlungsweg und damit ausserhalb des parlamentarischen Betriebs geregelt. Von zentraler Bedeutung sind dabei die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen. In zahlreichen Branchen werden die Arbeitsbedingungen nicht von den einzelnen Unternehmen, sondern auf Verbandsebene und in Gesamtarbeitsverträgen geregelt. Über die Allgemeinverbindlichkeitserklärung werden Nichtmitglieder mit staatlichem Zwang verpflichtet, die ausgehandelten Konditionen zu übernehmen. Zudem haben die Behörden zahlreichen Branchenverbänden im Rahmen der Berufsbildung exklusive Kompetenzen übertragen, die in der Praxis eine Zwangsmitgliedschaft aller ausbildenden Betriebe begründen. Ähnliches gilt für den Vollzug der Vorschriften der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit. Der mehr oder weniger freiwilligen Disziplinierung des Marktes dienen auch Bemühungen auf Verbandsebene, die unter dem Label «Corporate Governance» einheitliche Regeln beispielsweise für Managementsaläre definieren. Diese Beispiele lassen sich beliebig ergänzen. Was heute als selbstverständliches Element der Willensbildung an den Schnittstellen von Staat und Wirtschaft erscheint,

lässt sich in der Entstehung bestimmten historischen Begebenheiten zuordnen.⁶ Eine grosse Zahl der Wirtschaftsverbände wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegründet. Das politische Umfeld dieser Zeit war durch die Bestrebungen zur Totalrevision der Bundesverfassung geprägt. Diese standen im Zeichen des Ausbaus der Volksrechte und einer weiter gehenden Zentralisierung und Stärkung der Bundeskompetenzen, unter anderem beim Zollwesen, der Arbeitsgesetzgebung, beim Erlass von Vorschriften im Handelsrecht und der Verankerung der Handels- und Gewerbefreiheit. Die Gründung der nationalen Verbandsstrukturen fällt damit in eine Epoche, die durch den liberalen Aufbruch und eine unglaubliche wirtschaftliche Dynamik geprägt ist.

Der klassisch-liberalen Idee einer Trennung von Staat und Gesellschaft verpflichtet, verstand sich die Wirtschaft im 19. Jahrhundert als Teil des privat organisierten, gesellschaftlichen Bereichs. Dies änderte sich in den Krisenjahren nach dem ersten Weltkrieg. Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft entwickelte sich zu einer Mischform von staatlich gelenkter und marktwirtschaftlich offener Ökonomie, in der die Behörden mit den Interessenverbänden Interventionen und Förderungen absprachen. Ziel dieser korporativen Bestrebungen war es, Staat und Wirtschaft in Zeiten wirtschaftlicher und politischer Bedrohungen zu einer grösseren harmonischen Einheit im Dienste des Volkes zu verbinden und der Gefahr von aussen geschlossen entgegenzutreten. So gründeten beispielsweise Kanton, Stadt, das Kaufmännische Directorium, Banken und Industrie in St.Gallen während der zwanziger Jahre eine gemeinsame Zentralstelle für die Einführung neuer Industrien. Das Friedensabkommen in der MEM-Industrie im Jahre 1937, das die formalisierte Sozialpartnerschaft in der Schweiz begründete, war denn auch kein Gesamtarbeitsvertrag im heutigen Sinne. Ziel des Vertragswerkes war nicht die einheitliche Regelung von Anstellungsbedingungen, sondern die Erledigung von Streitigkeiten nach dem Grundsatz von Treu und Glauben und unter Verzicht auf Kampfmassnahmen. Der korporative Interventionismus verstärkte sich notwendigerweise während den Kriegsjahren und ersetzte den Wettbewerb durch den «Heimatschutz» im Dienste des nationalen Überlebens. Angesichts der weiterhin als bedrohlich beurteilten weltpolitischen Lage fand die

⁶ Nef, Zum Spannungsfeld zwischen Korporatismus und Non-Zentralismus

Rückkehr zu einer Trennung von Staat und Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg nur sehr zögerlich und in vielen Branchen überhaupt nicht statt. Wie sehr korporative Vorstellungen bis heute die politische Willensbildung der Schweiz prägen, zeigt die Regelung zu den flankierenden Massnahmen im Rahmen der Personenfreizügigkeit. Die Preisbildung auf dem Arbeitsmarkt wird heute durch eine staatliche Behörde überwacht, die von den Kantonsregierungen gewählt und zu je einem Drittel mit Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie der Verwaltung besetzt wird. Der Zuständigkeitsbereich dieser tripartiten Kommissionen wird zudem auf Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit ausgeweitet. Schwarzarbeit ist ein strafrechtlich relevantes Delikt und ist durch den Staat zu sanktionieren. Es ist mehr als nur bemerkenswert, dass ein Teil dieser staatlichen Verantwortung an die Vertreter von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen delegiert werden soll. Die Argumentation, dass Schwarzarbeit zu verzerrten Wettbewerbsbedingungen führt, kann nicht dazu verwendet werden, gemischtwirtschaftliche Kommissionen zu Elementen der staatlichen Strafverfolgung zu machen. Es gibt zahllose Geschäftsfelder, die sich bestens für eine umfassende Privatisierung eignen. Aktivitäten rund um die Strafverfolgung gehören definitiv nicht dazu. Das auf Vertrauen und Verhandeln beruhende Zusammenspiel von Unternehmen, Staat und Verbänden hat bis heute nichts an seiner Bedeutung für die politische Willensbildung in der Schweiz verloren. Geändert hat sich die Terminologie. Statt von Korporatismus sprechen wir von Public-Privat-Partnership oder von Corporate Governance. Geblieben ist die Skepsis gegenüber dem Wettbewerb und der Versuch, die Privatautonomie der einzelnen Akteure durch Absprachen zu beschränken.

06 | Die Zukunft beginnt jetzt

Die eidgenössische Verhandlungsdemokratie war ein Erfolgsmodell und führte uns mit Auszeichnung durch die bipolare Welt des 20. Jahrhunderts. Verhandlungen führen allerdings nur dann zum Erfolg, wenn sämtliche Parteien am Verhandlungstisch sitzen. Dieser Anspruch ist in einer globalisierten Welt nicht zu erfüllen. Der Versuch, die Preisbildung auf dem Arbeitsmarkt mit kantonalen Kommissionen zu reglementieren, scheitert in der globalisierten Kom-

ponentenwirtschaft an den Möglichkeiten der internationalen Arbeitsteilung. Die Herstellung von Gütern erfolgt in denjenigen Regionen unserer Welt, in denen die Gesamtheit der Produktionsfaktoren das beste Preis-/Leistungsverhältnis verspricht. Das gilt nicht nur für die Fabrikation, sondern zunehmend auch für Dienstleistungen. Die internationale Arbeitsteilung folgt nicht der politischen, sondern der unternehmerischen Logik. Wer sich heute als Bewohner der USA über das Geschehen in der Ostschweiz informieren will, kann dank des Internets jederzeit Radio FM 1 hören oder Tele Ostschweiz sehen. Angesichts dieser grenzenlosen technischen Möglichkeiten erscheint es als grotesk, dass das in jahrelanger Kommissions- und Parlamentsarbeit revidierte Radio- und Fernsehgesetz nationale und regionale Versorgungsgebiete definiert, konzessioniert und subventioniert. Eine Politik, die ihre Bevölkerung ganz im Sinne der geistigen Landesverteidigung mit Informationen versorgen will, orientiert sich wohl eher am Bild des fürsorglichen Freiheitsentzugs wie an den Bedürfnissen einer modernen Informationsgesellschaft.

Die traditionellen politischen Entscheidungsmuster haben bis in die 1970er Jahre zu den Erfolgen der Schweizer Wirtschaft beigetragen. Vieles spricht dafür, dass die eidgenössische Verhandlungsdemokratie in der Zwischenzeit vom Problemlöser zum Problemverursacher geworden ist.⁷ Anders lässt sich die negative Entwicklung unserer Staatsfinanzen und das im internationalen Vergleich bescheidene Wirtschaftswachstum nicht erklären. Wir haben die weltpolitische Entspannung nicht als Chance zu umfassenden Reformen in Richtung einer wettbewerbsorientierten Wirtschaft, sondern in erster Linie zum Ausbau der wohlfahrtsstaatlichen Interventionspolitik genutzt. Seither leben wir über unsere Verhältnisse und konsumieren staatliche Leistungen mit der Kreditkarte unserer Kinder. Bis zum Fall der Berliner Mauer prägte der Wettstreit der Systeme nicht nur die Schweizer Politik, sondern auch die weltweiten Auseinandersetzungen. Einer wenigstens im Grundsatz auf der Selbstbestimmungsfähigkeit des Individuums, Privateigentum und Privatautonomie beruhenden westlichen Welt standen die dem Gemeineigentum und der zentral verwalteten Planwirtschaft verpflichteten kommunistischen Staaten gegenüber. Diese Auseinandersetzung

⁷ Armingeon, Organisierte Interessen und Staat in der Schweiz

ist entschieden. In einer globalisierten und virtualisierten Welt tritt der Wettbewerb der Standorte an die Stelle des Wettbewerbs ideologischer Systeme. Der Wohlstand westlicher Volkswirtschaften ist nicht mehr durch die sowjetische Kriegsmaschine, sondern durch die Wettbewerbsvorteile aufstrebender Nationen herausgefordert. Durchsetzen werden sich diejenigen Regionen, die auf die Herausforderungen einer globalisierten Gesellschaft mit Rahmbedingungen antworten, die dem Wesen dieser Globalisierung entsprechen. Zu diesen Herausforderungen gehört der richtige Umgang mit der Komplexität einer international vernetzten Gesellschaft. Dabei stehen sich unverändert zwei altbekannte Optionen gegenüber. Auf der einen Seite finden wir die Planwirtschaft. Diese ist den politisch definierten öffentlichen Interessen verpflichtet und verfolgt ihre Ziele wenn nötig mit staatlichen Zwangsmassnahmen. Die freie Marktwirtschaft dagegen setzt auf den Wettbewerb als spontane Ordnung und macht Koordination ohne Zwang möglich. Nicht anders als vor dem Fall der Berliner Mauer stehen sich damit Bürokratie und Wettbewerb als grundsätzliche Gestaltungsprinzipien in Gesellschaft und Politik gegenüber. Allerdings geht es nicht mehr um das Kräftemessen zweier politischer Systeme, sondern um die Zukunft der einzelnen Volkswirtschaften im Umfeld einer globalisierten Welt. Diese Zukunft beginnt jetzt. Nur wer heute die Weichen richtig stellt, kann hoffen, in Richtung einer durch Wachstum und Wohlstand geprägten Gesellschaft unterwegs zu sein.

07 | Komplexität als Herausforderung

Komplexität im Sinne der Vielschichtigkeit gesellschaftlicher Beziehungen ist eines der Merkmale unserer Zeit. Ausgehend von der Erfahrung, dass unsere Strukturen in hohem Masse vernetzt und mit der herkömmlichen linearen Denkweise nicht im Detail erfasst und gestaltet werden können, gilt der Umgang mit Komplexität als eine der zentralen Herausforderungen moderner Organisationen. Immer geht es darum, sich aus einer Vielzahl von Verhaltensmöglichkeiten und denkbaren Wirkungsverläufen für bestimmte Optionen zu entscheiden. Die Frage nach einer sinnvollen Koordination der Aktivitäten von Menschen stellt sich aber nicht erst seit der Moderne. Selbst in relativ anspruchlosen Gesellschaften sind eine extensive Arbeitsteilung und eine Spezialisierung

der Funktionen notwendig, um die vorhandenen Ressourcen wirkungsvoll zu nutzen. Der Übergang von integral geführten kleinen Gruppen in arbeitsteilig organisierte Strukturen ist gleichbedeutend mit dem Überschreiten einer Komplexitätsbarriere. Die formalen Führungsorgane von Organisationen jenseits dieser Komplexitätsbarriere verfügen niemals über ausreichende Informationen, niemals über genügend Wissen und niemals über genügend Kenntnisse und Fähigkeiten, um das System im Detail steuern und gestalten zu können. Der grösste Teil der sich zum Gesamtverhalten kumulierenden Entscheidungen kann in komplexen Systemen nicht von den eigentlichen Führungsorganen als solchen getroffen werden, weil die für eine sinnvolle Entscheidung notwendigen Informationen nicht verfügbar sind. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Sachverhalte, über die den Entscheidungsträgern Informationen zugeleitet werden, sich längst verändert haben, wenn die Informationen an den richtigen Stellen angelangt sind.⁸

Verändert hat sich in der jüngeren Vergangenheit das Mass an Komplexität in unserer Gesellschaft. Mit der wachsenden Zahl der beteiligten Menschen als Folge der Globalisierung und in noch viel stärkerer Masse mit den zunehmenden Möglichkeiten der virtuellen Interaktion wächst die Zahl der möglichen Zustände explosionsartig. Globalisierung bedeutet die Relativierung von Entfernungen und Grenzen. Der Pulitzer-Preisträger Thomas L. Friedman spricht von einer flachen Welt.⁹ Zeit und Raum sind nicht mehr, was sie durch Jahrtausende waren. Die entscheidenden Kräfte dieser Veränderung sind weder die traditionellen Nationalstaaten, noch supranationale Organisationen oder die weltumspannenden Konzerne. Es geht um dezentrale Prozesse mit den unterschiedlichsten Akteuren, die niemand beherrscht. Die globale Wirtschaft ist ein intuitives Konzept, das sich von unten nach oben entwickelt und sich seine eigene spontane Ordnung schafft. Netzwerke als dezentralisierte Gefüge von Verbindungen treten an die Stelle vertikaler Hierarchien. Die besondere Herausforderung liegt dabei in der Tatsache, dass die Globalisierung nicht ein monokausales Phänomen ist, sondern von mehreren, teilweise voneinander unabhängigen Trends

⁸ Malik, Strategie des Managements komplexer Systeme

⁹ Friedman Thomas L., Die Welt ist flach

getrieben wird.¹⁰ Die moderne Steuerungstechnik ermöglicht es, unabhängige Subsysteme zu einem prozessualen Ganzen zusammenzufügen. Die dezentrale Produktion von Komponenten ersetzt die hohe Fertigungstiefe der traditionellen Fabrik. Moderne Kommunikationstechnologien wie das Internet ermöglichen es, rasch und kostengünstig Partner zu finden, welche über einen komparativen Vorteil verfügen, also billiger, besser und schneller produzieren. Die dezentrale Produktion profitiert von enormen Fortschritten der weltweiten Logistik und von den erweiterten geografischen Optionen mit stark verringerten Transferrisiken seit dem Zusammenbruch der bipolaren Blockade. Dies gilt nicht nur für die Herstellung von Gütern, sondern zunehmend auch im Dienstleistungssektor. Alles, was nicht direkte Schnittstelle zum Kunden ist, wird zum Gegenstand von Dezentralisierungsstrategien. Nach Indien ausgelagerte Callcenters sind dabei nur die Spitze des Eisbergs.

Gemeinsam ist diesen Phänomenen, dass sie nicht das Resultat von irgendwelchen Beschlüssen, irgendwelcher Gremien sind, die irgendwelche Gestaltungsvorstellungen haben und diese dann umsetzen. Die wirklich wichtigen Innovationen kommen ausserhalb formalisierter Entscheidungssysteme zustande. Nicht die Vorhersehbarkeit, sondern die Überraschung und nicht die zentrale Planung, sondern dezentrale, evolutionäre Prozesse machen das Wesen der gesellschaftlichen und technologischen Erneuerung aus. Der Erfinder der Dampfmaschine dachte weder an die erste industrielle Revolution noch an schienengebundene, flächendeckende Verkehrsnetze. Und wer sah voraus, dass sich das Internet von den Bedürfnissen einiger weniger Wissenschaftler lösen wird und sich bald einmal Jugendliche weltweit und zum Nulltarif in virtuellen Chatrooms treffen? Der technologische Wandel, die Unvorhersehbarkeit zukünftiger Entwicklungen, die Notwendigkeit der interdisziplinären und organisationsübergreifenden Zusammenarbeit, das gleichberechtigte Zusammentreffen verschiedener Kulturen, die Erhöhung der Wettbewerbsintensität, dies alles sind Elemente einer wachsenden Komplexität. Diese Komplexität ist nicht eine Bedrohung, sondern die Grundvoraussetzung einer positiven Entwicklung.

¹⁰ Hummler, Anlagekommentar 240

08 | Komplexitätsreduktion als bürokratisches Konzept

Die Tagespolitik in der Schweiz ist durch eine bemerkenswerte Widersprüchlichkeit geprägt. Auf der einen Seite trifft man zahllose Politiker, Staatsangestellte und Interessenvertreter, die sich mit grossem persönlichem Einsatz für die Lösung aktueller Probleme einsetzen. Gleichzeitig stellt man fest, dass all diese Bemühungen kaum zu Resultaten führen und die Reformen nicht nur die angestrebten Verbesserungen verfehlen, sondern vielfach die Situation weiter verschlechtern. Eine Sozialpolitik, die die Lebensrisiken der einzelnen Bürger mit einer obligatorischen Krankenversicherung, der betrieblichen Krankentaggeldversicherung, der Unfallversicherung, der Arbeitslosenversicherung, der Invalidenversicherung, der beruflichen Vorsorge, der dritten Säule, Ergänzungsleistungen und der Sozialhilfe eliminieren möchte, erweist sich auf Grund ihrer Komplexität als kaum mehr begreifbar. Kein Experte hat den Überblick und niemand ist in der Lage, das ganze System umfassende Verbesserungsvorschläge zu formulieren. Zielkonflikte prägen die Diskussionen. Beispielhaft auch die Entwicklung der Gesetzgebung zur Mehrwertsteuer. Diese wurde im Jahre 1995 als Ersatz der Warenumsatzsteuer eingeführt und soll bereits wieder reformiert werden. Nach nur zehn Jahren umfasst die Gesetzgebung zur Mehrwertsteuer über 3000 Seiten an Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien. Und jedes Jahr kommen bis zu 300 Seiten dazu. Die Instruktionen der Verwaltung an die Steuerpflichtigen finden sich in 25 Branchenbroschüren, 10 Spezialbroschüren, 24 Merkblättern, 85 Praxismitteilungen und 5 Verordnungen. Eine der Hauptursachen dieser unbefriedigenden Situation liegt in den 25 Ausnahmen von der Mehrwertsteuer, die über den politischen Prozess durchgesetzt wurden. Den Privilegien einzelner Branchen stehen die bürokratischen Schwierigkeiten derjenigen Steuerpflichtigen gegenüber, die Leistungen zu verschiedenen Steuersätzen beziehen. Der Aufwand wird umso grösser, je komplexer die Abgrenzungsfragen sind. So muss beispielsweise eine Psychologin ihre Beratung unterschiedlich versteuern, je nachdem ob sie ein Kind oder eine erwachsene Person behandelt. Welche Zeitschriften haben Werbecharakter und unterliegen damit dem Normalsatz? Ist ein Reitkurs eine steuerbare Sportausübung oder eine steuerfreie Ausbildungsleistung? Es erstaunt nicht, dass rund 40% der bei Kontrollen der

Steuerpflichtigen festgestellten Mängel auf Fehler beim Vorsteuerabzug und auf falsch zugeordnete Steuersätze zurückzuführen sind.¹¹ Die einzelnen Steuerpflichtigen sind überfordert, das System reagiert mit zusätzlichen Kontrollen, neuen Vorschriften und Sanktionen.

Die Hauptursache für den Misserfolg bürokratischer Lösungsversuche liegt im grundsätzlich falschen Ansatz im Umgang mit komplexen Herausforderungen. Dem Ideal einer theoretischen Gleichheit verpflichtet und im Vertrauen auf die Überlegenheit von Experten, setzt die Politik auf die Zentralisierung von Entscheidungsmacht. Wettbewerb und Vielfalt innerhalb des Systems werden als Verschwendung betrachtet, die Strategie der Organisation von oben her entwickelt und von zentraler Stelle aus implementiert. Das planwirtschaftliche Denkmodell ist der Überzeugung, dass es für jede gesellschaftliche Herausforderung eine richtige Lösung gibt, die notfalls mit den Mitteln des staatlichen Zwanges durchzusetzen ist. Ziel des politischen Prozesses ist es, die Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen auf einen allgemeinverbindlichen Plan zu reduzieren und diesen in Gesetzen und Verordnungen zu konkretisieren. Dieser reduktionistische Ansatz steht in einem unauflösbaren Widerspruch zur Komplexität einer globalisierten Gesellschaft. Jeder Versuch, die gesellschaftliche Erneuerung durch Planungsprozesse zu steuern und im Ergebnis zu kontrollieren, scheitert an der Geschwindigkeit, der Unvorhersehbarkeit und an der Komplexität unserer Wirklichkeit. Die Idee der planwirtschaftlichen Reduktion von gesellschaftlichen Herausforderungen auf eine einzige, allgemeinverbindliche Regelung ist nicht mit der Vielfalt einer offenen Gesellschaft in Einklang zu bringen. Die selbstverständlichen Begleiter jedes planwirtschaftlichen Konzepts sind deshalb Befehl und Strafe. Wer nicht im befohlenen Sinne glücklich werden will, wird durch staatliche Autoritäten zu seinem Glück gezwungen. Dies gilt nicht nur in totalitären Systemen, sondern auch für unsere Demokratie. Von der Volksschule über die Ladenöffnungszeiten bis hin zur banalen Frage von Rauchverboten wird bald einmal für jeden Lebensbereich unter Strafandrohung bestimmt, wer, was, wann, wo und wie machen darf.

¹¹ Schaltegger, Fischer, Mehrwert durch Einheitssatz

09 | Der Wettbewerb als Gestaltungsprinzip

Völlig gegensätzlich zu bürokratischen Methoden sind alle Verfahren, die nicht auf zentral gelenkte Prozesse, sondern auf die freiwillig gesteuerte Kooperationen von Individuen setzen. Die entscheidenden Hinweise kommen dabei von Friedrich August von Hayek. Der bewusst geplanten Organisation stellt er die gewachsene, spontan entstandene Ordnung gegenüber. Sie ist das Ergebnis menschlichen Handelns und nicht menschlicher Absicht. Hayek erschüttert den Glauben, dass, wo es eine Ordnung gibt, es auch einen persönlich Ordnenen geben muss. Spontane Ordnungen sind von weit grösserer Vielfalt und damit wirklichkeitsnaher als jede gezielte Anordnung und Planung. Sie lässt sich auch dann anwenden, wenn kein Einzelner alles kennt, was auf die Ordnung einwirkt. Im Gegensatz zur Organisation dient die spontane Ordnung keinem bestimmten Zweck. Um sich für sie zu entscheiden, ist keine Einigung über konkrete Ziele nötig, die durch sie erreicht werden sollen. Die spontane Ordnung ist nicht zweckgebunden und kann zur Erreichung verschiedener, voneinander abweichender oder gar sich widersprechender Ziele genutzt werden. Die Marktwirtschaft als spontane Ordnung beruht nicht auf gemeinsamen Zielsetzungen, sondern auf dem Ausgleich verschiedener Interessen zum wechselseitigen Vorteil der Teilnehmenden. Begriffe wie Gemeinwohl oder öffentliches Interesse können in einer freien Gesellschaft nie als Summe bestimmter anzustrebender Ziele definiert werden, sondern nur als abstrakte Ordnung, die jedem Individuum die beste Chance bietet, seine Kenntnisse erfolgreich für seine persönlichen Zwecke zu nutzen.¹²

Die Besonderheit wettbewerbsorientierter Entscheidungsverfahren liegt darin, dass wir die wesentlichen Umstände nicht kennen, die das Handeln der im Wettbewerb stehenden Akteure bestimmen. Hayek beschreibt den Wettbewerb als ein Verfahren zur Entdeckung von Tatsachen, die ohne sein Bestehen entweder unbekannt bleiben oder zumindest nicht genutzt werden können. Die Ergebnisse eines funktionierenden Marktes sind nicht voraussagbar und verschieden

¹² von Hayek, Freiburger Studien

von jenen, die irgendetwas bewusst hätte anstreben können. Der Markt dient als Instrument zur Selektion von Wissen, das auf Millionen von Individuen in Zeit und Raum verteilt ist. Der über den Wettbewerb vermittelte Zwang zur Informationsverbesserung und zur Kreativität begründet den Effizienzvorsprung der Marktallokation. Die Unvorhersagbarkeit der Ergebnisse und die jederzeit mögliche Enttäuschung von Erwartungen sind eine der Grundvoraussetzungen der Entdeckung neuen Wissens. Die freie Marktwirtschaft akzeptiert, dass wir nicht wissen, was richtig ist, bevor wir etwas getan haben und die Wirkungen unserer Handlungen kennen. Nach Hayek dürfen die Leistungen des Marktes nicht mit einem unerreichbaren, idealen Standard, sondern müssen mit den Resultaten wettbewerbsferner Systeme verglichen werden.¹³ Dieser Vergleich fällt ohne jeden Vorbehalt zugunsten wettbewerbsorientierter Gesellschaften aus. Dies zeigt beispielhaft der Aufstieg der asiatischen Volkswirtschaften. Während in Afrika Milliarden von Direktzahlungen, zahllose Projekte staatlicher Entwicklungshilfe und der gut gemeinte Einsatz eines unüberblickbaren Heeres an westlichen Entwicklungsbeamten mehr oder weniger versickerten, führten Marktöffnungen und Wettbewerb in den asiatischen Schwellenstaaten zu einem eindrucklichen wirtschaftlichen Aufstieg. Der Wettbewerb ist das entscheidende Gestaltungsprinzip einer globalisierten Welt, da er Übereinstimmung ohne Konformität ermöglicht. Wettbewerb schafft Wohlstand.

Anders als in bürokratischen Idealvorstellungen kennt der Wettbewerb keine perfekte Organisation. Oder, mit den Worten des Autorennfahrers Mario Andretti: «Wenn man meint, alles unter Kontrolle zu haben, ist man einfach nicht schnell genug.» Im Umgang mit den Prozessen und Systemen einer globalisierten Gesellschaft geht es nicht um Komplexitätsreduktion. Entscheidend ist vielmehr, dass die gestaltenden Systeme über mindestens dieselbe Vielfalt an Möglichkeiten verfügen, wie die zu gestaltenden Systeme selbst.¹⁴ Komplexität ist nicht das Problem der globalisierten Gesellschaft, sondern ihr Wesen und ist weder zu beherrschen noch durch Vereinfachung in den Griff zu bekommen. Im Gegenteil, wir müssen alles daran setzen, die Komplexität unserer Gesellschaft

¹³ von Hayek, Freiburger Studien

¹⁴ Ashby William Ross, zitiert nach Malik, Strategie des Managements komplexer Systeme

im Sinne von Vielfalt, Individualität und Kreativität zu stärken. Die fehlende Kontrollierbarkeit ist nicht ein Mangel, sondern die Chance einer globalisierten Gesellschaft. Wie bereits Hayek formulierte, ist es «paradox und beruht auf einem völligen Verkennen dieser Zusammenhänge, wenn heute oft gesagt wird, dass wir die moderne Gesellschaft bewusst planen, weil sie so komplex geworden ist. In Wirklichkeit können wir eine Ordnung von solcher Komplexität nur dann erhalten, wenn wir sie nicht nach der Methode des ›Planes‹, d.h. nicht durch Befehl handhaben, sondern auf die Bildung einer auf allgemeinen Regeln beruhenden spontanen Ordnung abzielen».¹⁵

10 | Wettbewerb und Demokratie

Im Gegensatz zur hierarchisch organisierten und zentral gelenkten Planwirtschaft delegiert der Wettbewerb die Entscheidungskompetenzen an die einzelnen Marktteilnehmer. In einer freien Gesellschaft entscheidet der Bürger in Eigenverantwortung darüber, in welcher Art und Weise er seine Altersvorsorge organisieren will. Arbeitsbedingungen werden nicht zwischen den Delegierten von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, sondern von den Betroffenen selbst auf der Basis der Vertragsfreiheit abgesprochen. Der Hauseigentümer und nicht eine staatliche Behörde entscheidet über die Nutzung einer Liegenschaft. Grundlage des Wettbewerbs ist das Vertrauen in die Mündigkeit der Bürger. Bereits vor Jahrhunderten hat Kant die passende Formel formuliert: «Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.» Die Fähigkeit zur Selbstbestimmung ist nicht an eine möglichst anspruchsvolle Schulbildung gebunden. Der gesunde Menschenverstand ist vielmehr Ausdruck der besonderen Nähe zu den Herausforderungen des Alltags. Anders als in planwirtschaftlichen Modellen baut der Wettbewerb auf eine Vielfalt von Informationen und Meinungen. Entscheidend ist die Dezentralisierung auch für das von Hayek beschriebene stillschweigende Wissen. Wissen, das auf Millionen von Individuen in Raum und Zeit verteilt ist, kann nicht in formalen Verfahren adäquat erhoben und

¹⁵ von Hayek, Freiburger Studien

an eine zentrale Autorität überführt werden.¹⁶ Der einzelne Marktteilnehmer mag den Experten an Fachwissen unterlegen sein, im Resultat führt jedoch die dezentralisierte Entscheidungsfindung zu überlegenen Ergebnissen. Diese Erfahrung illustriert ein einfaches Beispiel aus unserem Alltag. An vielen stark befahrenen Kreuzungen wird der Verkehr mit Lichtsignalanlagen gesteuert. Spezialisierte Ingenieure versuchen den Verkehrsfluss mit Hilfe ihres Fachwissens und unterstützt von Computerprogrammen zu optimieren. Trotzdem entstehen an jeder Ampel bei starkem Verkehr Stau und bei geringem Verkehrsaufkommen unnötige Wartezeiten. Fällt die Ampel aus, bilden sich gefährliche Situationen. Heute werden immer mehr Lichtsignalanlagen durch Verkehrskreisel ersetzt. Den einzelnen Lenkern wird eine erhöhte Verantwortung übertragen, indem diese nach einer einfachen Regel selbst entscheiden, wann sie in den Kreisel hineinfahren. Obwohl der einzelne Autofahrer nur einen Bruchteil des Sachverstandes eines Verkehrsingenieurs besitzt, ist die spontane Ordnung des Kreisels der zentral gesteuerten Lichtsignalanlage überlegen.¹⁷ Die Weisheit der Vielen schlägt den Sachverstand des Experten.

Die Existenz eines freien Marktes ersetzt nicht die Notwendigkeit einer staatlichen Regierung. Wie Friedman¹⁸ festhält, definiert die Staatsführung die Spielregeln des freien Marktes und wacht als Schiedsrichter über die Einhaltung und die Interpretation dieser Spielregeln. Wichtig ist, dass die Betroffenen jederzeit über die Möglichkeit verfügen, die Spielregeln zu ändern. Dies geschieht in den westlichen Rechtsstaaten auf dem Wege des demokratischen Wettbewerbs. Allgemeine, freie und gleiche Wahlen sind der Kern, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit grundlegende Voraussetzungen jeder Demokratie. Die Schweizer Bevölkerung verfügt darüber hinaus über das Recht, in Abstimmungen zu Initiativen und Referenden über Sachfragen verbindlich zu entscheiden. Die Demokratie als Herrschaft der Mehrheit ist jedoch nicht der Zweck einer staatlichen Gemeinschaft, sondern lediglich eine Methode der Entscheidungsfindung, die je nach Zeit und Ort unterschiedlich ausgestaltet wird. So ist daran zu

¹⁶ von Hayek, Freiburger Studien

¹⁷ Gerber, Gruner, FlowTeams – Selbstorganisation in Arbeitsgruppen

¹⁸ Friedman Milton, Kapitalismus und Freiheit

erinnern, dass in der Schweiz trotz eines urdemokratischen Selbstverständnisses bis in die siebziger Jahre die Frauen und damit mehr als die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung von der demokratischen Mitwirkung an unserem Staatswesen ausgeschlossen waren.

Da die Demokratie nur Mittel und nicht Zweck ist, müssen ihre Grenzen festgelegt werden. Dies geschieht in erster Linie durch die Garantie der individuellen Freiheitsrechte im Sinne eines defensiven Grundrechtsverständnisses, das von der Freiheit des Einzelnen ausgeht und dieser die Gefährdung der Freiheit durch staatliche Beschränkungen gegenüberstellt. Dabei interessiert in unserem Zusammenhang in erster Linie die grundrechtlich geschützte Eigentums- und Wirtschaftsfreiheit, ohne die ein freier Wettbewerb nicht denkbar ist. Artikel 26 der Bundesverfassung von 1999 gewährleistet ausdrücklich das Eigentum. Die Eigentumsgarantie gilt aber nicht absolut. Nach Art. 36 BV bedürfen Einschränkungen von Grundrechten einer gesetzlichen Grundlage. Weiter müssen alle Eingriffe durch ein öffentliches Interesse oder den Schutz von Grundrechten Dritter gerechtfertigt sein und dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit entsprechen. Dabei halten die Gerichte der Schweiz grundsätzlich jedes öffentliche Interesse für geeignet, Einschränkungen der Eigentumsgarantie zu rechtfertigen, sofern das Ziel nicht rein fiskalischer Natur ist oder gegen andere Verfassungsnormen verstösst. Vergleichbar auch die Praxis des Bundesgerichtes zur Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit, die zum Kreise zulässiger öffentlicher Interessen auch raumplanerische Anliegen, Bedürfnisse einer effizienten Verwaltungsführung, versorgungspolitische, kulturpolitische, umweltpolitische und energiepolitische Ziele und Massnahmen zur Erhaltung der Landessprachen zählt. Mit dieser Überdehnung des Begriffes des öffentlichen Interesses verlieren die Eigentumsfreiheit und die Wirtschaftsfreiheit ihre normative Substanz. Der einzelne Bürger ist in der Schweiz dem von politischen Mehrheiten definierten «öffentlichen Interesse» ohne rechtlichen Schutz ausgeliefert. Die Vorrangstellung angeblicher öffentlicher Interessen gegenüber der persönlichen Wirtschaftsfreiheit äussert sich in der Praxis in zahllosen Gesetzen und Verordnungen, die dem Bürger vorschreiben, nach welchen Kriterien er seine Freiheiten wahrnehmen darf. Dazu gehören Vorschriften des Arbeitsrechts, der Sozialpolitik, des Baurechts, Bestimmungen zu Ladenöffnungszeiten, Meldepflichten sowie Zwangsabgaben in Form von

Steuern und Gebühren. Diese Massnahmen erfordern ein dichtes Netz an staatlicher Kontrolle. Mit dem Hinweis auf «öffentliche Interessen» werden zudem zahlreiche, problemlos auch privatwirtschaftlich zu organisierende Aufgaben an staatliche oder halbstaatliche Monopolbetriebe übertragen und so vor Wettbewerb geschützt. Die Bedürfnisse der Kunden und die Wachstumschancen funktionierender Märkte werden den Interessen politischer Entscheidungsprozesse geopfert. Entgegen unserem Selbstverständnis sind Privateigentum und Wettbewerb in der Schweiz mehr politische Fiktion als gesellschaftliche Realität. Diese Wahrnehmungsstörung ist darauf zurückzuführen, dass wir uns in erster Linie mit den europäischen Nachbarstaaten vergleichen, die in den vergangenen Jahrzehnten ihre wohlfahrtsstaatliche Planwirtschaft weit stärker ausgebaut haben als die Schweiz. Wie das überdurchschnittliche Wachstum unserer Staats- und Fiskalquote in der jüngeren Vergangenheit zeigt, wird dieser Vorsprung jedoch immer kleiner.

11 | Mehr Wettbewerb als Chance

Üblicherweise stehen «Wettbewerb» und «Bürokratie» stellvertretend für das Links-Rechts-Schema in unserer Politik. Die eine Seite sieht sich geistesgeschichtlich in der Tradition der liberalen Revolution des 19. Jahrhundert und beruft sich auf die bürgerlichen Freiheitsrechte, Privateigentum und Privatautonomie. Gleichheit wird im Sinne der Gleichheit der Chancen verstanden. Die Vertreter planwirtschaftlicher Vorstellungen dagegen erwarten von einer staatlichen Wirtschaftspolitik die Garantie sozialer Gerechtigkeit im Sinne der generellen Gleichstellung der Lebensverhältnisse durch Umverteilung und wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen. Diese Gegenüberstellung widerspiegelt das Konfliktschema der bipolaren Welt des 20. Jahrhunderts. Die Wirklichkeit jedoch sieht anders aus. Der Ausbau des Versorgungsstaates zulasten der individuellen Freiheit wird seit jeher auch von Regierungen mit einer bürgerlichen Mehrheit vorangetrieben. Unterstützung finden diese in Wirtschaftskreisen, die von staatlichen Regulierungen den Schutz vor Konkurrenz und den Unsicherheiten freier Märkte erhoffen. So gehören zu den Befürwortern der bereits mehrfach erwähnten flankierenden Massnahmen im Rahmen der Personenfreizügigkeit nicht nur Gewerkschaftsver-

treter, sondern auch Teile der gewerblichen Wirtschaft, die eine Konkurrenzierung durch ausländische Handwerker zu verhindern versuchen. Planwirtschaftliche Heilserwartungen charakterisieren daher weniger ideologische Positionen als vielmehr eine Grundhaltung, die sich vor Veränderung und Strukturwandel fürchtet. Linke und rechte Etatisten erwarten von Staatseingriffen den Schutz vor den Risiken einer freien und offenen Gesellschaft. Diese Skepsis gegenüber dem Wettbewerb prägt bis heute die Binnenwirtschaft der Schweiz mit ihrem hohen Anteil an staatlichen und staatsnahen Unternehmen. Die Schweiz gehört zu den OECD-Ländern mit der höchsten Produktmarktregulierung, bei der administrativen Regulierung sind wir Spitzenreiterin. Beunruhigend ist diese Feststellung insbesondere unter dem Aspekt, dass dieser Mangel an Wettbewerb mit der Bildung, der Gesundheit, der Kommunikation und der Kultur vier wesentliche Wachstumsbranchen jeder Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft betrifft. Damit sind ausgerechnet diejenigen Branchen angesprochen, von denen wir in Zukunft entscheidende Impulse am Arbeitsmarkt erwarten. Diese Hoffnungen sind nur dann zu erfüllen, wenn sich bisher planwirtschaftlich verwaltete Bereiche dem Wettbewerb privater Unternehmen öffnen. Konzepte, die weiterhin mit Transferzahlungen zu Lasten einzelner Bürgerinnen und Bürger sowie über die Verschuldung der öffentlichen Hand finanziert und nach den Kriterien politischer Entscheidungsprozesse organisiert werden, sind nicht zukunftstauglich.

Dies gilt beispielsweise für unser Schulwesen. In einer individualisierten Gesellschaft werden die Erwartungen der Eltern an die Volksschule durch eine Vielfalt von unterschiedlichen inhaltlichen Ansprüchen, pädagogischen Konzepten und Lebensentwürfen geprägt. Auf diese gesellschaftlichen Herausforderungen reagieren die Behörden mit unzähligen Reformprogrammen und komplizierten Massnahmen der Qualitätssicherung. Trotz eines ungeheuren Aufwandes und unendlich viel guten Willens, herrscht eine allgemeine Unzufriedenheit. Eltern, die Lehrer nachfolgender Schulen und Lehrmeister klagen über nicht erreichte Ausbildungsziele, die Lehrkräfte selbst stöhnen über einen masslosen administrativen Aufwand sowie nicht zu erfüllende Erwartungen seitens der Eltern und der Behörden und zeigen Tendenzen der inneren Kündigung. Die Heterogenität der modernen Gesellschaft ist mit den traditionellen Massnahmen der Planung, der Verwaltung und der politischen Entscheidungsfindung nicht

zu bewältigen. Weit zukunfts-trächtiger sind Konzepte, wie sie beispielsweise in Schweden bereits heute praktiziert werden. Hier entscheiden nicht die Behörden, sondern die Eltern, in welche Schule sie ihre Kinder senden wollen. Das Prinzip der freien Schulwahl stellt die Verantwortung der Eltern in den Mittelpunkt. Öffentliche und private Schulen werden als gleichberechtigte Anbieter von Ausbildung durch die öffentliche Hand auf der Grundlage der Schülerzahlen entschädigt. Einzige Voraussetzung ist, dass die durch das Gemeinwesen definierten Ausbildungsziele erreicht werden. Der Weg dazu, die pädagogischen und organisatorischen Konzepte, liegen in der Verantwortung der einzelnen Schulen. Diese verfügen über eine maximale Autonomie und entscheiden selbst, welche Schüler sie aufnehmen wollen. Damit erhalten auch Familien in einfachen wirtschaftlichen Verhältnissen die Chance, ihre Kinder gezielt und den eigenen Vorstellungen entsprechend ausbilden zu lassen. Die Wahlfreiheit der Eltern und die Autonomie der Schulen als Elemente eines wettbewerbsorientierten Schulsystems stärken die Chancengleichheit und garantieren diejenige Vielfalt, die ein zukunftsorientiertes Bildungssystem auszeichnet.

Das Konzept der elterlichen und schulischen Autonomie lässt sich auf alle Schulstufen übertragen. Mit einer entscheidenden Besonderheit auf universitärer Ebene. Der Nutzen der Ausbildung im Erwachsenenalter kommt sowohl dem Individuum als auch der Allgemeinheit zugute. Die Kosten der Ausbildung trägt hingegen heute fast ausschließlich die Allgemeinheit. Dies ist durch eine markante Erhöhung der Studiengebühren zu korrigieren. Mit der Anhebung verringert sich nicht nur die Privilegierung der Studierenden zu Lasten der sich über eine Lehre Aus- und Weiterbildenden, sondern steigen die Ansprüche der Studierenden an eine effiziente Bildung und an eine erfolgsversprechende Positionierung am Arbeitsmarkt. Damit werden Studienrichtungen an Bedeutung gewinnen, die weniger das Lustprinzip als die Aussicht auf eine intakte berufliche Laufbahn bedienen. Die Sozialverträglichkeit der Studiengebühren ist durch Instrumente wie zinslose Darlehen zu gewährleisten.

Der Übergang von einer Subventionspolitik zu einer konsequenten Benutzerfinanzierung lässt sich auch bei der öffentlichen Kultur realisieren. Es ist

wünschenswert, die staatlichen Direktzahlungen an Kulturinstitutionen zu reduzieren und die frei werdenden Beträge in Form von Kulturgutscheinen an die Bevölkerung abzugeben. Über den Besuch kultureller Veranstaltungen entscheiden damit die Bürger, welche Institutionen in welchem Umfang mit öffentlichen Geldern versorgt werden. Von den Möglichkeiten der direkten Partizipation ist eine Erneuerung der Kulturlandschaft zu erwarten. Die einzelnen Angebote werden sich weit stärker als bisher an den Bedürfnissen der Besucherinnen und Besucher und weniger an der Zustimmung von Regierungen und Parlamenten orientieren. Eine grosszügige Definition der anspruchsberechtigten Kulturschaffenden steigert die Chancen neuer und junger Angebote. Mit dem Konzept von Kulturgutscheinen lässt sich zudem das Problem der Zentrumslasten reduzieren. Besucher von ausserhalb zahlen einen höheren Eintrittspreis, sofern ihre Gemeinden und Kantone nicht bereit sind, sich über Kulturgutscheine ebenfalls an den Kosten des entsprechenden kulturellen Angebots zu beteiligen.

Die Konsequenzen einer wettbewerbsfeindlichen Gesetzgebung charakterisieren auch die Schweizer Gesundheitspolitik. Die Entkoppelung von persönlicher Verantwortung und medizinischer Versorgung in Verbindung mit einer planwirtschaftlichen Organisation führte in den vergangenen Jahren zu einer Kostenexplosion. Diese Fehlentwicklung lässt sich nicht ohne weiteres korrigieren. Bürgerinnen und Bürger, die sich daran gewöhnt haben, dass ärztliche Leistungen unbegrenzt und zu einem Einheitstarif zur Verfügung stehen, werden kaum für einen grundsätzlichen Systemwechsel zu begeistern sein. Reformen, welche Wettbewerbselementen mehr Spielraum gewähren, könnten jedoch das Kostenbewusstsein und die Eigenverantwortung aller Akteure im Gesundheitswesen stärken. Dazu gehören die Lockerung des Vertragszwanges, die Gleichstellung von privaten und öffentlichen Spitälern, die Zulassung von Parallelimporten bei Medikamenten und der Verzicht auf das Territorialprinzip im Bereich der Grundversorgung.

In der Vergangenheit wurden staatliche Monopolanstalten nicht nur politisch, sondern auch mit dem Hinweis auf technische Rahmenbedingungen verteidigt. Während dies bei Infrastrukturbauten noch einigermaßen plausibel

erscheint, hat die Entwicklung dieser Argumentation im Bereich der elektronischen Medien jede Grundlage entzogen. Die Radio- und Fernsehgesetzgebung der Schweiz, die privatwirtschaftlich organisierte Angebote auf nationaler Ebene durch restriktive Rahmenbedingungen praktisch verhindert, stellt den Gedanken des «Service public» auf den Kopf. Entgegen der Absicht des Gesetzgebers, stärkt der fehlende Wettbewerb nicht die Berichterstattung zur nationalen Politik, sondern vertreibt die Zuseher und Werbetreibenden auf ausländische Kanäle. In keinem anderen europäischen Land werden so intensiv ausländische TV-Sender konsumiert, wie in der Schweiz. Konsequenterweise fließen denn auch jedes Jahr über 100 Millionen Franken an Werbegeldern aus der Schweizer Wirtschaft in deutsche, französische und italienische Programme. Während die ausländischen Angebote in der Schweiz auf grosse Resonanz stossen, vermögen schweizerische Programme im Ausland kaum Aufmerksamkeit zu wecken. Der fehlende Wettbewerb hat mit Erfolg den Aufbau einer eigenen, international konkurrenzfähigen Fernsehindustrie verhindert. Das Internet emanzipiert den Fernsehkonsumenten endgültig vom Zwang, visuelle Informationen bei den nationalen Fernsehgesellschaften zu beziehen. Die Idee nationaler Medienmonopole stammt aus der Zeit der geistigen Landesverteidigung und kann in einer globalisierten, von der virtuellen Kommunikation geprägten Welt nur auf Kosten des Gebührenzahlers und zu Lasten der Meinungsvielfalt überleben. Die Mediengesellschaft verändert sich nicht nach den Vorstellungen politischer Gremien, sondern folgt den Gesetzen einer globalisierten, von Wettbewerb und spontaner Ordnung geprägten Welt.

Ein differenziertes Bild zeigen die übrigen Netzwerksektoren. Während der zu einem wesentlichen Teil liberalisierte Fernmeldebereich boomt, stockt die Wertschöpfung in den staatlich regulierten Sektoren Strom, Gas, Wasser und Transport, dies trotz einer stetig steigenden Nachfrage. Wie Beispiele im Ausland zeigen, läuft eine Deregulierung bei den Netzwerken nicht zwingend auf einen völligen Rückzug des Staates hinaus, sondern auf eine Neuverteilung der Rollen. Die eigentliche Produktion der Güter wird von Privatunternehmen unter Wettbewerbsbedingungen erbracht. Der Staat beaufsichtigt das Marktgeschehen, um Wettbewerb und allenfalls weitere Ziele wie eine allgemein zugängliche und sichere Versorgung zu garantieren.

Wettbewerbsorientierte Reformen drängen sich auch in der Landwirtschaftspolitik auf. Die heutigen Regulierungen bremsen den Strukturwandel und behindern unternehmerische und innovative Bauern. Dabei ist wohl zu akzeptieren, dass eine über Jahrzehnte gepflegte und gehegte Planwirtschaft nicht von einem Tag auf den andern dereguliert werden kann. Für einen Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren sind jedoch landwirtschaftspolitische Zielsetzungen zu formulieren, die den Bauern in die wirtschaftliche Freiheit entlassen. Dazu gehören der Abbau des agrarischen Grenzschutzes und der Direktzahlungen sowie die Deregulierung des bäuerlichen Boden- und Pachtrechts. Aus Sicht der Konsumenten ist entscheidend, dass der Wettbewerb auch die der Rohstoffproduktion nach gelagerten Branchen von der Nahrungsmittelindustrie bis hin zum Detailhandel erfasst.

Zu den traditionellen Vorteilen der Schweizer Wirtschaft gehört ein im internationalen Vergleich flexibler Arbeitsmarkt. Allerdings klaffen auch in diesem Bereich die offizielle Wahrnehmung und die Wirklichkeit auseinander. In zahlreichen Branchen wird über allgemein verbindliche Gesamtarbeitsverträge der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt massiv eingeschränkt. Dies gilt nicht nur für die Festlegung von Löhnen, sondern auch für die Möglichkeiten individualisierter und situationsbezogener Arbeitsverhältnisse. Die Sonntags- und Wochenendarbeit wird durch ein restriktives Arbeitsgesetz eingeschränkt. Ähnliches gilt für Vorschriften der Eidgenössischen Kommission für Arbeitsplatzsicherheit, die zunehmend den Charakter einer staatlichen Arbeitsplatzgestaltung annehmen. Auf leisen Sohlen unterwandern zudem planwirtschaftliche Regulierungen den freien Arbeitsmarkt als Folge der flankierenden Massnahmen. Diese wurden zur Vermeidung von sinkenden Löhnen als Folge der Personenfreizügigkeit erlassen. Heute besteht die Tendenz, die Überwachung des Arbeitsmarktes im Rahmen der flankierenden Massnahmen zu einer allgemeinen Arbeitsmarktkontrolle auszubauen. Über die Hintertüre werden Mindestlöhne in Branchen eingeführt, in denen keine sozialpartnerschaftlichen Abmachungen bestehen. Zudem wird der Arbeitsmarkt durch ein überbordendes Sozialversicherungswesen konkurrenziert, das mit seinen hohen Leistungen dazu führt, dass sich Arbeit nicht mehr in

jedem Fall lohnt. Hohe Mindestlöhne und Fehlanreize bei den Sozialprogrammen drängen insbesondere Arbeitnehmende mit Defiziten aus dem Arbeitsmarkt und sind damit in ihrem Kern unsozial.

12 | Wie viel Staat braucht die Gesellschaft?

Wettbewerbs- und benutzerorientierte Reformen und Finanzierungsmodelle sind geeignet, Wachstumspotentiale freizulegen und der Binnenwirtschaft zu einer neuen Dynamik zu verhelfen. Sie genügen jedoch nicht, die westlichen Demokratien auf die Zukunft in einer globalisierten Welt vorzubereiten. Von weit grösserer Bedeutung ist die Grundsatzfrage nach dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Das Modell des traditionellen Nationalstaates, das sich unter anderem über die Vorstellung einer geschlossenen Volkswirtschaft definiert, steht im Widerspruch zu unseren gesellschaftlichen Realitäten. Dies gilt auch für die Idee der Nation als einer korporativ organisierten Schicksalsgemeinschaft, die ähnlich einer Grossfamilie den Einzelnen vor sämtlichen Lebensrisiken schützt. Der auf den besonderen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen des 20. Jahrhunderts aufbauende Versorgungsstaat erweist sich im Umfeld einer globalen Ökonomie und Kultur, die nicht an nationale Grenzen und Identitäten gebunden ist, als ineffektiv und unfinanzierbar. Politische Lösungen, die den Gesetzmässigkeiten der eidgenössischen Verhandlungsdemokratie folgen, scheitern an der mangelnden Repräsentanz nationalstaatlicher Strukturen. Verhandlungen führen nur dann zum Erfolg, wenn sämtliche Parteien am Verhandlungstisch sitzen. Dieser Anspruch ist in einer globalisierten Welt weder durch die einzelnen Länder noch durch supranationale Organisationen zu erfüllen. Die fehlende Kontrollierbarkeit ist nicht ein Mangel, sondern die Chance einer globalisierten Gesellschaft. Wettbewerb und spontane Ordnung treten an die Stelle der traditionellen Instrumente der politischen Planung und staatlichen Kontrolle. Unsere wichtigsten politischen Herausforderungen liegen nicht in der Optimierung verwaltungsinterner Prozesse, der Überprüfung administrativer Belastungen oder der Perfektionierung staatlicher Interventionen. Von weit grundsätzlicherer Bedeutung ist, welche Aufgaben in Zukunft die öffentliche Hand

und welche Verantwortlichkeiten die einzelnen Menschen mit ihren privaten Institutionen wahrnehmen werden. Die künftige Aufgabenverteilung zwischen Staat und Gesellschaft ist die alles entscheidende politische Herausforderung. Der unheiligen Allianz aus privaten Nutznießern staatlicher Leistungen sowie aus Politikern und Funktionären, die ihre Stellung dem Staatsausbau verdanken,¹⁹ ist mit der Forderung nach der Reprivatisierung der Verantwortung und einer Entstaatlichung der zwischenmenschlichen Beziehungen entgegenzutreten. Die Rolle des Staates hat sich mit dem Zusammenbruch der bipolaren Welt verändert. Durchsetzen werden sich fokussierte Gemeinwesen, die sich nicht an den romantischen Vorstellungen einer staatlichen Vollversorgung, sondern an den Bedürfnissen einer emanzipierten Gesellschaft orientieren. Eine zukunftsorientierte Politik findet den Mut, die Kernaufgaben des Staates neu zu definieren: Innere und äussere Sicherheit, ein effektives Bildungssystem, freie Märkte für Produkte und Dienstleistungen, ein existenzsicherndes Sozialsystem sowie eine stabile und leistungsfähige Infrastruktur. Gefordert ist auf allen Ebenen unseres politischen Systems ein Pragmatismus, der das Ende der Politik im Sinne der eidgenössischen Verhandlungsdemokratie akzeptiert, die eigenen Strukturen in Frage stellt und sich entsprechend den Entscheidungsmustern einer globalisierten und virtualisierten Welt erneuert. Dies nicht als Abwehrdispositiv, sondern als Eintrittskarte in eine faszinierende Welt voller Chancen.

¹⁹ Masoni, Die unheilige Allianz der Nutznießer

Literaturverzeichnis

Armingeon Klaus

Organisierte Interessen und Staat in der Schweiz: Auf der Suche nach dem Bösewicht, in: Reflexion 3/2007, Herausgeber Liberales Institut, Zürich 2007, S. 21 ff

Habermann Gerd

Philosophie der Freiheit, 4. Auflage, Ott Verlag, Thun 2005

Horx Matthias

Wie wir leben werden, 2. Auflage, Campus Verlag Frankfurt/New York 2006

Malik Fredmund

Strategie des Managements komplexer Systeme, 9. unveränderte Auflage, Haupt Verlag, Bern/Stuttgart/Wien 2006

Friedman Milton

Kapitalismus und Freiheit, 3. Auflage, Piper Verlag GmbH, München 2006

Friedman Thomas L.

Die Welt ist flach, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2006

Gerber Martin, Gruner Heinz

Flow Teams – Selbstorganisation in Arbeitsgruppen, Credit Suisse, Orientierung 108, Goldach 1999

von Hayek Friedrich August

Freiburger Studien, Verlag J.C.B. Mohr, Tübingen 1969

Hummler Konrad

Anlagekommentar 240, Herausgeber Bank Wegelin & Co., St.Gallen 2006

Masoni Marina

Die unheilige Allianz der Nutzniesser, in: Schweizer Monatshefte, Nr. 12/01, Zürich 2007/2008, S. 28 ff.

Nef Robert

Zum Spannungsfeld zwischen Korporatismus und Non-Zentralismus, in: Reflexion 3/2007, Herausgeber Liberales Institut, Zürich 2007, S. 15 ff

Nickl Roger

Chronik eines angekündigten Sieges, in: Unimagazin 3/07, Zürich 2007, S. 25 ff

Münchau Wolfgang

Das Ende der Sozialen Marktwirtschaft, Carl Hanser Verlag, München/Wien 2006

Schaltegger Christoph A., Fischer Claudio

Mehrwert durch Einheitssatz, in: Neue Zürcher Zeitung 2.8.2007

Surowiecki James

Die Weisheit der Vielen, C. Bertelsmann Verlag, München 2005

Weigelt Kurt

Staatliche Parteienfinanzierung, Verlag Rüegger, Reihe Staatsrecht, Band 6, Grösch 1988

Weigelt Kurt

Mehr KMU – weniger Staat, Herausgeber: Aktion für freie Meinungsbildung, Zürich 2002

Werner David

Die Gesetzte des Spektakels, in: Uni-Magazin 3/07, Herausgeber Universität Zürich, Zürich 2007, S. 29 ff

Über den Autor | Dr. Kurt Weigelt

Kurt Weigelt, geboren 1955, studierte an den Universitäten Zürich und Bern Rechtswissenschaften. Anschliessend doktorierte er bei Prof. Dr. P. Saladin zu den Möglichkeiten einer staatlichen Parteienfinanzierung unter vergleichender Berücksichtigung der Gesetzgebung in Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika. Studienaufenthalte in Paris



und Los Angeles. Im Anschluss an seine Ausbildung kaufte er gemeinsam mit seiner Gattin ein Unternehmen im Bereich des Einzel- und Versandhandels. Die Bürowelt Schiff AG wird heute von Regula Weigelt-Knecht alleinverantwortlich geführt. Seit 2007 ist Kurt Weigelt Direktor der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell. Er ist Vater von vier Kindern und wohnt in St.Gallen.



Ist das politische System der Schweiz bereit für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts? Haben wir als Staatswesen die Chancen einer offenen Welt genutzt? Das im internationalen Vergleich bescheidene Wirtschaftswachstum sowie die Verschuldung der öffentlichen Haushalte und der Sozialwerke deuten darauf hin, dass die politischen Institutionen der Schweiz mit den falschen Antworten auf das Ende der bipolaren Welt reagierten. Der Versuch, den gesellschaftlichen Wandel mittels staatlicher Interventionen und Transferzahlungen zu planen und zu kontrollieren, ist gescheitert. Eine freiheitliche Gesellschaft setzt auf den Wettbewerb als spontane Ordnung und findet den Mut, die Kernaufgaben des Staates neu zu definieren. Gefordert ist ein Pragmatismus, der das Ende der Politik im Sinne der eidgenössischen Verhandlungsdemokratie akzeptiert, die eigenen Strukturen in Frage stellt und sich entsprechend den Entscheidungsmustern einer globalisierten und virtualisierten Welt erneuert.



IHK
Industrie- und
Handelskammer

St.Gallen
Appenzell

Gallusstrasse 16
Postfach
9001 St.Gallen

T 071 224 10 10
F 071 224 10 60
www.ihk.ch